

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Abholung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 10 Pf. jährlich. Abnehmer: 16 Pf. Alle Bestellungen zuzüglich der Postgebühren. Einzelnummern 1 Pf. 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Inhaber: Wilsdruff-Dresden. Verantwortlich: Wilsdruff-Dresden. Druck: Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigensprez ist richtig, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 2 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 3. Januar 1930

Konferenzenmonat.

Aberaus auffallend ist es, daß in dem Augenblick der Eröffnung der Haager Konferenz plötzlich in der französischen Presse eine ausgiebige Debatte darüber einsetzt, ob der Young-Plan, der auf jener Konferenz angenommen werden soll, nun auch gegenüber einem zahlungsunwilligen Deutschland „Sanktionen“ zulasse; eine Debatte auch darüber, welcher Art diese Sanktionen sein können. Man weiß, daß die Pariser Zeitungen ein ein wenig der Regierung folgen, wenn sie ein derartiges Thema außenpolitischer Art wie auf ein Kommando hin ansprechen. Man weiß, daß in der französischen Kammer gerade dieses Thema Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen gewesen ist, daß eine Art Testament des Generals Foch verlesen wurde, in dem die Abfindung als Rest der Sanktionen erklärt wurde, — und man kann nicht daran vorbeigehen, daß gerade kurz vor der Haager Konferenz das Kapitel der Sanktionen wieder angeschnitten worden ist. Man darf aber auch daran erinnern, daß die Politik der Sanktionen 1923 dahin geführt hat, Deutschland zahlungsunfähig zu machen, seine Währung völlig zu zerrütten und damit die Gläubiger Deutschlands gleichfalls vor die Tatsache einer völligen deutschen Zahlungsunfähigkeit zu stellen. Der Dawes-Plan und seine Fortsetzung, die jetzt im Haag sanktioniert werden soll, der Young-Plan, sind darauf abgestellt, die deutschen Zahlungen auf ein Gleiches zu schieben, auf dem eine ruhige, von politischen Absichten ungetriebene Abwicklung möglich ist. Dies um so mehr, weil ja gerade Frankreich es ist, das an einer Mobilisierung der deutschen Zahlungsverpflichtungen das allergrößte Interesse hat. Eine Kapitalkapital, zu der man ja die deutschen Jahreszahlungen machen will, würde aber auch auf dem internationalen Geldmarkt kaum Aufnahme finden, wenn immer noch die Gefahr besteht, daß Deutschland etwa nach dem Muster des Ruhrstreiks zur Zahlung gezwungen werden würde.

Man darf sich also in Deutschland nicht wundern, wenn auf der Haager Konferenz trotzdem das Kapitel der Sanktionen angeschnitten werden sollte. Aber man wird etwas Bedenken haben, ein rein taktisches Manöver zu betreiben. Frankreich verkauft jedes Zugeständnis gegen ein anderes, das es — wie man aus der Geschichte der früheren Konferenzen feststellen kann — häufig genug erst als ein Zugeständnis hinweist. In Paris und in London ist ja auch in der Presse lanciert worden, daß die Haager Konferenz schnelle Arbeit machen müßte, damit am 13. Januar die Tagung des Völkerbundes stattfinden könne und dort gegebenenfalls die Beschlässe gefaßt werden können, die infolge der Abänderungen des Versailleser Vertrages durch den Young-Plan notwendig werden. Man hat aber auf das Programm dieser Tagung nur Dinge gesetzt, deren Wichtigkeit gegenüber den Entscheidungen im Haag völlig zurücksteht. Selbstverständlich bezieht sich diese Wichtigkeit aber nicht auf deutsche Belange. Fragen des Saargebietes, die üblichen oberflächlichen Differenzen stehen auf dem Programm, — aber eine grundsätzliche Regelung des Minderheitsrechts auf die Tagesordnung zu setzen, hat man auch jetzt wieder vermieden. Von größerer politischer Wichtigkeit ist die dritte Konferenz, die im Laufe des Jahres stattfinden soll: Was soll aus der Seeabrüstung werden? Zwischen England und Amerika sind feste Vereinbarungen getroffen worden, aber Frankreich hat kürzlich in einer besonderen Note an die englische Regierung die Mitteilung gelangen lassen, daß man in Paris eine Flottenpolitik zu verfolgen gedenkt, die mit irgendwelcher Abrüstung nichts mehr zu tun hat.

Bedenklicherweise liegt aber diese Seeabrüstungskonferenz zeitlich nach der Haager Zusammenkunft; es wäre politisch für Deutschland vielleicht vorteilhafter, wenn das Umgekehrte der Fall gewesen wäre.

Die deutsche Ernte 1929.

Im allgemeinen befriedigender Ausfall. Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse der amtlichen Erntemittelung bestätigen die Erwartungen auf einen im allgemeinen befriedigenden Ausfall der diesjährigen deutschen Ernte. Nach den endgültigen, auf Grund von Durchproben vorgenommenen Ermittlungen der Ernterträge bleiben im Vergleich mit der Ernte 1928, die als sehr gut anzusprechen war, die diesjährigen Ergebnisse zwar bei den meisten Fruchtarten etwas zurück, aber treffen aber fast überall die Ergebnisse im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Beim Getreide ergibt sich dabei ein Mehrertrag um 1,33 Millionen Tonnen = 12,9 Prozent, darunter an Roggen um 1,04 Millionen Tonnen = 14,7 Prozent und an Weizen (einschließlich Winterweizen) um 284.000 Tonnen = 8,8 Prozent. Die Ernte an Gerste liegt gegenüber dem Durchschnitt 1924/28 um 471.000 Tonnen = 17,4 Prozent höher, während bei Hafer ein Mehr um 1,2 Millionen Tonnen = 19,4 Prozent festzustellen ist. An Hackfrüchten ist die neue Ernte gegenüber dem fünfjährigen Mittel um 2,68 Millionen Tonnen = 7,2 Prozent größer ausgefallen, an Rüben um 501.000 Tonnen = 4,7 Prozent und an Aunkelrüben um 587.000 Tonnen = 2,5 Prozent. Etwas zurück blieben die Erträge der neuen Ernte gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre nur bei Heu, und zwar bei Vieheheu um 1,19 Millionen Tonnen = 5,2 Prozent, bei Stroh um 733.000 Tonnen = 8,1 Prozent.

Auf zum Haag!

Endarbeit am Young-Plan.

Konferenzbeginn Freitag.

Die Hauptvertreter Deutschlands auf der zweiten Haager Konferenz, die Freitag offiziell beginnt und die noch kritischen Punkte in bezug auf die Reparationsregelung sowie den gesamten Young-Plan erledigen soll, verlassen Berlin Donnerstag abend. Ein Teil der übrigen Mitglieder der deutschen Delegation sowie das technische Personal reisen bereits nach dem Haag über Brüssel ab. Die Hauptdelegierten Deutschlands sind bekanntlich die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Moltenhauer, Dr. Wirth und Robert Schmidt.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des Kabinetts berichtete Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer über den augenblicklichen Stand des Nachtragsvertrags 1929 und gab einen Vorbericht zur Gestaltung des Haushalts für 1930. Außerdem gab das Kabinett die letzten Informationen.

Freitag wird die gesamte deutsche Vertretung im Haag versammelt sein, wo nachmittags die Eröffnung der Konferenz erfolgt.

Die Internationale Bank.

Eine gewisse Bedeutung für die Verhandlungen könnte die Frage der Internationalen Bank gewinnen, da man die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt nicht ableugnet. Es steht da vor allen Dingen der Abschluß des Abkommens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über die Bezahlung des amerikanischen Anteils der deutschen Zahlungen im Vordergrund, doch wird nicht angenommen, daß man im Haag hieraus eine Kabinettsfrage machen wird.

Sechzehn Mächte vertreten.

Auf der Konferenz sind insgesamt 16 Mächte vertreten, und zwar außer den einladenden sechs Großmächten noch Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, Portugal und Griechenland. Auch die schweizerische Regierung ist mit Rücksicht auf die Besprechungen über die Reparationsbank eingeladen worden. Die Vereinigten Staaten werden wieder durch einen Beobachter, den Pariser Botschaftsrat Wilson, vertreten sein.

Empfang durch die Königin.

Die holländischen Vorbereitungen für die zweite Haager Konferenz sind so gut wie beendet. Sie konnten diesmal mit weit größerer Sorgfalt und Ruhe getroffen werden, als dies wegen der zeitlichen Begrenzung bei der ersten Konferenz möglich war. Meistens hat man dieselben Einrichtungen benutzt, die schon auf der ersten Haager Konferenz getroffen wurden und sich damals gut bewährt haben. Dies gilt vor allem für die Organisation des besonderen Post-, Fernsprech- und Telegraphenverkehrs sowie für die zu Gunsten der Presse getroffenen Vorkehrungen. So hat sich zum Beispiel in den Arbeitsräumen der Presse wenig geändert. Auch das holländische

Presseempfangsbureau hat fast in derselben Zusammenfassung seine Arbeiten wiederaufgenommen. Der Vinckenhof, in dem die Konferenzgebäude und die Arbeitsräume der Presse liegen, wird für die Dauer der Sitzungen von der Außenwelt durch Polizeiposten abgeschlossen werden. Der Magistrat der Stadt Den Haag wird einen großen Abendempfang veranstalten. Auch die Königin beabsichtigt einen Empfang in ihrem Haager Palais.

Der Temps kündigt ein Haager Diktat für Deutschland an

Paris, 3. Januar. Die französische Abordnung ist Donnerstag mittag nach dem Haag abgereist und hat damit das Schwergewicht der französischen Außenpolitik auf die Hauptstadt Hollands verlegt. Mit überraschendem, im Grunde aber in solchen Fällen gewohnten Optimismus äußert sich die französische Presse zu dem Beginn der Verhandlungen. Der Temps begründet den Optimismus damit, daß die zweite Haager Konferenz im Gegensatz zur ersten sorgfältig vorbereitet wurde. Dementsprechend sei es unmöglich gewesen, eine Einigung zwischen den Gläubigerstaaten Deutschlands durchzusetzen.

In den letzten Tagen hat es der französische Ministerpräsident verstanden, die Vertreter der alliierten Mächte zusammenzuschießen. Von ihrem Willen werde Deutschland sich freiwillig in das Unabänderliche fügen müssen. Auch auf die Regelung der Ostreparationsfrage werde die Haltung der Alliierten nicht ohne Einfluß bleiben. Ein besonders gutes Vorzeichen sei in dem Fernbleiben Dr. Schachts zu erblicken. Sein Vorgehen gegen den deutschen Finanzminister Hilferding hat die schlimmsten Befürchtungen über seine Absichten für die zweite Haager Konferenz gezeugt, doch hat die Reichsregierung mit der Ausschaltung Schachts den Beweis erbracht, daß sie einer endgültigen Regelung nichts in den Weg legen wolle.

Der „Paris Soir“ erblickt in dem günstigen Verlauf der vorbereitenden Besprechungen zwischen Paris, London und Rom die Sicherheit dafür, daß unliebsame Zwischenfälle die Konferenz nicht hören werden. Die Verhandlungen würden weder sehr lang, noch sehr schwierig sein und zu der Schlussregelung führen, die alle Welt erhoffe.

Eine „Sanktions“-Formel wird gesucht

Paris, 2. Januar. Wie der Pariser Vertreter der Alliierten, werden die in Paris begonnenen Besprechungen in der sogenannten Sanktionsfrage im Haag zum endgültigen Abschluß gebracht werden. Es handelt sich lediglich darum, eine Formulierung für die nach dem Youngplan bereits feststehende Tatsache zu finden, daß nach dem Inkrafttreten dieses Planes von Sanktionen nicht mehr die Rede sein könne.

Die Flüchtlinge erkennen an, daß alles für sie getan wird, was irgend für sie getan werden kann. Es ist jedoch in einer Anzahl von Fällen vorgekommen, daß die Mütter erkrankte Kinder verstoßen haben, weil sie sich nicht von ihnen trennen wollten. Die sehr reichlichen Nahrungsmittel, den Gewohnheiten ihrer früheren Heimat gemäß, die Kinder gesund zu beten. Bei Untersuchungen des Lagers nach erkrankten Kindern wurden von den Müttern diese Kinder mit aller erdenklichen List den untersuchenden Ärzten immer wieder entzogen. Es mußten daher sämtliche Barackenausgänge bewacht und dann eine energische Untersuchung der Baracken vorgenommen werden. Sämtliche an Streptococcus erkrankten Kinder sind in Einzelräumen isoliert worden. Auch im Flüchtlingslager Prenzlau sind eine Anzahl von Kindern an Masern erkrankt. Um zu verhüten, daß die durch die Entbehrungen der letzten Monate und die ungenügende Ernährung in Russland sehr geschwächten Kinder gleichfalls durch Komplikationen gefährdet werden, sind neben den Masern zwei große Krankenbaracken aufgestellt worden, in denen diese Kinder isoliert werden. Der Gesundheitszustand der Kinder im Lager Mülln (Holstein) ist gut.

Ende des Reichsausschusses?

Landbund will breitere Front.

Nach einer Mitteilung der Landvolknachrichten haben die Präsidenten des Reichslandbundes, Minister a. D. Schiele, Heppel und Bethke, an die geschäftsführenden Präsidenten des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, Hugenberg und Seidte, einen Brief gerichtet, der anscheinend in der Aufrechterhaltung des Reichsausschusses seinen weiteren Zweck mehr sieht und eine Zusammenfassung auf breiterer Front vorschlägt. In dem Briefe heißt es, der Reichslandbund habe in dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und gegen den Tributplan seine ganze Kraft für das Volksbegehren und den Volkentscheid eingesetzt, obwohl diese Haltung nicht ohne Gefahren für den inneren Bestand des Landbundes

Die Epidemie im Flüchtlingslager Hammerstein

Berlin. Die Epidemie unter den Kindern der deutsch-russischen Flüchtlinge im Lager Hammerstein hat sich, wie der Reichskommissar für die Deutsch-Russische Hilfe nach einer Meldung Berliner Blätter aus Hammerstein mitteilt, weiter ausgebreitet. Es handelt sich nicht um eine Masernerkrankung, sondern um eine eigenartige Fieberkrankheit, die durch einen selten auftretenden Bazillus, den Streptococcus hervorgerufen wird. Der Fieberanfang trat stets auf, wenn die Masernerkrankung bereits im Abflauen begriffen war. Das Fieber führte in den meisten Fällen in wenigen Stunden zum Tode. Es handelt sich bei dem Streptococcus um einen Bazillus, der in Deutschland bisher nur ein einziges Mal im Jahre 1922 im Virochovkrankenhaus in Berlin auftrat und auch dort zahlreiche Todesopfer forderte. Man kennt bisher kein Mittel zur Bekämpfung der Krankheit, wodurch die verhältnismäßig hohe Zahl der Todesfälle zu erklären ist. Der Reichskommissar hat sofort bei Ausbruch der Krankheit weitere Lazarettbaracken in Hammerstein aufstellen lassen und außer einer Anzahl weiterer Ärzte den Kinderpezialisten Dr. Wasser aus Schneidemühl hinzugezogen, der die Leitung der ärztlichen Maßnahmen übernommen hat. Die schweren Komplikationen durch die Fieberkrankheit traten jedoch nur bei Kindern unter vier Jahren auf. Bisher sind gegen 40 Kinder der Seuche erlegen, 50 Kinder liegen noch krank darnieder. Daneben waren mehrere hundert Kinder an Masern erkrankt, sind jedoch größtenteils bereits wieder gesund. Das Lager wird streng bewacht. Das Betreten des Lagers ist verboten, ebenso dürfen sich die Flüchtlinge in den einzelnen Baracken nicht gegenseitig besuchen, damit die Krankheit nicht verschleppt wird. Es sind alle Maßnahmen getroffen, die geeignet sind, die Seuche zu bannen.